

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 223 bis 224 einfügen:

Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

Klimabedingte Vertreibung und Migration auf die politische Agenda setzen

Die Klimakrise verändert die Welt. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, ganze Lebensräume und Ökosysteme werden zerstört. Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen mehr. Sie bedeutet Ernteverlust oder Wasserknappheit, Überschwemmung oder Hitzewelle. Sie bedeutet aber auch den unermesslichen Verlust von Heimat, von jahrtausendealter Kultur.

Die Klimakrise wirkt zunehmend als Multiplikatorin bestehender Probleme. So wird sich der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Frischwasser noch verschärfen. In Staaten, die bereits jetzt nicht in der Lage oder willens sind, das Nötigste für ihre Bevölkerung bereitzustellen, drohen Verteilungskonflikte und Vertreibung.

Selbstverständlich muss es zunächst darum gehen, dass möglichst vielen Menschen ihre bisherige Heimat erhalten bleibt. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell ausreichend bei der Anpassung an die Klimakrise und bei der Bewältigung humanitärer Katastrophen infolge extremer Wetterereignisse zu unterstützen. Dabei sind wir überzeugt: Die konsequente Eindämmung der Klimakrise und die aktive Unterstützung der unmittelbar Betroffenen sind nicht nur Ausdruck und logische Konsequenz des Verursacherprinzips. Sie sind auch zwingende Voraussetzung einer vorausschauenden und humanitären Sicherheitspolitik, sind Bedingung einer globalen Friedensdividende.

Dennoch werden Menschen insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen Menschen eine frühzeitige, würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa.

Die ersten Klimaklagen, die in dem Zusammenhang nun verhandelt werden, haben für viel Aufsehen gesorgt. Und auch die Forderung nach einem Klimapass für Menschen, die – insbesondere aufgrund des steigenden Meeresspiegels – ihr Land und damit ihre Staatsangehörigkeit zu verlieren drohen, mag erst einmal radikal wirken. Letztlich erlauben derartige Initiativen aber nur ein Mindestmaß an ausgleichender Gerechtigkeit.

Die EU sollte hier Vorreiterin sein und in einem ersten Schritt jene Prozesse unterstützen, in

denen bereits mit den betroffenen Staaten und Anrainerstaaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit klimabedingter Vertreibung und Migration beraten wird: die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“, den „Warschauer Mechanismus“. Denn nur gemeinsam wird sich das langfristige Ziel erreichen lassen: einen internationalen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der die Auswirkungen der Klimakrise anerkennt und Menschen, die ihre bisherige Heimat auch infolge klimatischer Veränderungen verlassen müssen, eine selbstbestimmte Migration und Zugang zu internationalem Schutz ermöglicht.

weitere Antragsteller*innen

Terry Reintke (Gelsenkirchen KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Peter Rauscher (Augsburg-Stadt KV); Matthias Lorentzen (Augsburg-Stadt KV); Henrike Hahn (München KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Wolfgang Urban (Augsburg-Stadt KV); Melanie Hippke (Augsburg-Stadt KV); Sebastian Hansen (Würzburg-Land KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam (Augsburg-Stadt KV); Helga Mandl (Traunstein KV); Mariel Reichard (Hannover RV); Antje Westhues (Bochum KV); Christine Kamm (Augsburg-Stadt KV); Phyliss H. Demirel (Hamburg-Altona KV); Assadullah Wardak (Unterallgäu KV)